

KONVENT DER 33

SYNOPSIS: SIEBZEHNTE SITZUNG vom 17.02.2017

AUSBAU DER AUTONOMIE/KOMPETENZEN

-

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND EUROPÄISCHE UNION

Beginn Sitzung: 18.12 Uhr

Ende Sitzung: 20.40 Uhr

Anzahl der abwesenden Mitglieder: 6; Maria Hochgruber Kuenzer, Christoph Perathoner, Ewald Rottensteiner, Heinold Rottensteiner, Alexandra Silvestri, Maurizio Vezzali.

Wortprotokoll: abrufbar auf www.konvent.bz.it

(Anzahl der Wörter: 13.159; Seiten: 34)

Schlagwörter: Durchführungsbestimmungen, Landtag, Statut, paritätische Kommissionen, Vollautonomie, Gewerkschaften, Arbeit, Unionsrecht, Präambel, Beziehung zw. Bozen und Rom.

Wortmeldungen: 87

Personen, die sich zu Wort gemeldet haben: 18

Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zusammenfassungen der Sitzungen des Konvents der 33 nicht um ein Ergebnisprotokoll handelt, sondern um eine Synopse rein inhaltlicher Natur. Aufgezeichnet werden die verschiedenen Positionen bzw. Vorschläge, die während der Sitzungen aufgeworfen wurden. Dabei wird keine Wertung der Aussagen vorgenommen und keine repräsentative Grundgesamtheit gesucht. Ebenso wird von jeglicher politischer Wertung, einer wissenschaftlichen Analyse und der namentlichen Nennung der Konventsmitglieder abgesehen. Eine Ausnahme wird in Bezug auf Impulsgeber oder Experten gemacht, die während der Sitzungen referieren. Die Synopse wird von der EURAC in deutscher Sprache verfasst und zur Freigabe dem Präsidium des Konvents der 33 übermittelt. Nach dem Aufzeichnen von Grundsätzlichem und den Kernaussagen wird – sofern vorhanden – auf Dokumente verwiesen, die in den Sitzungen andiskutiert bzw. dem Konvent der 33 übermittelt wurden und für dessen Arbeit relevant sind (Anlagen in Originalsprache). Aufzählungen erfolgen im Regelfall in alphabetischer Reihenfolge. Beim Verfassen der Synopsen bemüht man sich um die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe, doch sei darauf verwiesen, dass alle nicht geschlechtsneutral verwendeten Begriffe durchgehend für die weibliche als auch männliche Bezeichnung stehen. Die Wortprotokolle und die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf www.konvent.bz.it unter Dokumente bzw. Videos abrufbar.

1. Dokument Gewerkschaften AGB/CGIL, SGB/CISL, UIL-SGK

Zu Beginn der Sitzung wird über das von den drei Gewerkschaften AGB/CGIL, SGB/CISL, UIL-SGK eingebrachte Dokument (siehe Anlage) diskutiert. Die Ansichten zu Themen wie Arbeitssicherheit, Sozialvorsorge, Welfare, Kollektivverträge und Schulwesen seien Ausdruck zentralistischer Haltung mit nationalstaatlichem Geist und es sei klar warum der ASGB dieses Dokument nicht mitunterschrieben habe. Auf der anderen Seite wird kritisiert, dass einige Konventsmitglieder das Dokument nicht mit dem nötigen Respekt behandeln, da diese Gewerkschaften immerhin mehr wie 90.000 Südtiolerinnen und Südtioler vertreten.

2. Paritätische Kommissionen

Auch wenn die paritätischen Kommissionen als wichtiges Instrument zur Umsetzung des Autonomiestatutes empfunden werden, wird vorgeschlagen, deren Arbeitsweise leicht abzuändern. Die Arbeitsmethode sei weder transparent noch habe der Südtiroler Landtag Informationen zum Stand der Arbeiten. Folglich solle, sobald eine Durchführungsbestimmung ausgearbeitet wurde, ein Austausch mit dem Südtiroler Landtag stattfinden bzw. der Südtiroler Landtag ein Gutachten erstellen, oder beispielsweise zumindest über die Fraktionssprecher miteingebunden werden. Gegenteilig wird darauf hingewiesen, dass die paritätischen Kommissionen sehr effizient arbeiten und deshalb die derzeitige Arbeitsweise beibehalten werden soll. Durchführungsbestimmungen seien der Ausdruck des bilateralen Verhandlungsgrundsatzes, demnach Ausdruck der Exekutive. Die Legislative solle nicht zwischengeschaltet werden, insbesondere aufgrund des zeitlichen Faktors. In der Folge müsste dann auch das römische Parlament angehört werden. Die Exekutive hat den Anspruch schnell zu arbeiten und mit der Abänderung des *iter* der Durchführungsbestimmungen nähme man dem Instrument Teil dessen Effizienz. Die paritätischen Kommissionen werden durch die Wahl der Mitglieder zu Exekutivorganen. Man könne andenken, den Südtiroler Landtag anderweitig einzubinden, z.B. indem man ihm ein Mitspracherecht bzgl. einer Abwahl von Mitgliedern einräumt. Die Effizienz der Arbeit der Kommissionen stehe notgedrungen im Widerspruch mit dem demokratischen Prinzip und den Instrumenten direkter Demokratie; dies sei für den Ausbau der Autonomie eigentlich zu bevorzugen. Angesprochen wird auch die 137er Kommission, die „ausgehöhlt“ wurde; ihre ursprüngliche Aufgabe, Garant bzgl. der Abänderung bzw. der Interpretation des Kompetenzkatalogs zu sein und bei der Schmälerung des Kompetenzkatalogs die paritätischen Kommissionen mit der Sache zu befassen, sei von Anfang an von der 6er Kommission oder von der 12er Kommission übernommen worden. Man müsse entscheiden, was mit der 137er Kommission geschehe und hierfür müsse man auch über die zukünftige Rolle der Region eine Entscheidung treffen; ebenso sei das Verhältnis zur 6er und 12er Kommission zu klären.

3. Streitigkeiten in Kompetenzfragen

Ein Vorschlag ist die Einrichtung eines Landesverfassungsgerichtshofs nach dem Vorbild der deutschen Bundesländer mit paritätischer Besetzung (Rom-Südtirol), der über die Einhaltung, Verletzung und die Überschreitung von Kompetenzen urteilen soll. Zudem wird der Vorschlag gemacht einen Schlichtungsmechanismus zwischen Südtirol und Italien zu schaffen, um „teuren“ Streitigkeiten vor dem Verfassungsgerichtshof vorzubeugen bzw. um Unklarheiten zw. Bozen und Rom mittels eines Schlichtungsorgan vorzeitig zu beheben, beispielweise auch unter Einbindung der 6er und 12er Kommissionen.

4. Internationale Beziehungen und EU

Da das Statut keine Regelungen zu internationalen, grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Beziehungen zur EU enthält, wird dem Südtiroler Landtag vorgeschlagen einen Abschnitt zu diesem Thema zu ergänzen. Esther Happacher, Renate von Guggenberg und Roberto Toniatti haben

diesbezüglich ein Dokument ausgearbeitet (siehe Anlage). Zum Inhalt jenes Dokuments herrscht im Konvent der 33 Konsens. Konkret schlägt das Dokument Details bzgl. einer Ergänzung des Autonomiestatuts zu folgenden Punkten vor: Teilnahme der Autonomen Provinz Bozen an der Entstehung (aufsteigende Phase) und Umsetzung/Anwendung sowie Durchführung von Unionsrecht und Völkerrecht (absteigende Phase); Tätigkeiten der grenzüberschreitenden, transnationalen und internationalen Zusammenarbeit (z.B. EVTZ); Abkommen und Übereinkünfte mit Gebietskörperschaften anderer Staaten. Das Dokument wird im Sinne der Diskussionsbeiträge nochmals überarbeitet und Teil des Enddokuments sein.

In der Diskussion wird u.a. ergänzt, dass auch in der Präambel auf den europäischen und internationalen Rahmen verwiesen werden müsse; zusätzlich soll insbesondere die internationale Verankerung der Südtiroler Autonomie in den Vordergrund gerückt werden. Auch soll die Präambel auf die Werte des europäischen Integrationsprozess und die geistig-kulturelle Tiroler Landeseinheit Bezug nehmen.

Anlagen

- **Gemeinsame Stellungnahme der 3 Gewerkschaftsbünde zu Themen der Arbeitsmarktpolitik - 16.02.2017**
- **Internationale Beziehungen und Europäische Union - 23.01.2017**

CONVENZIONE DEI 33

SINOSSI: DICIASSETTESIMA RIUNIONE dd. 17.02.2017

SVILUPPO DELL'AUTONOMIA/DELLE COMPETENZE

-

RELAZIONI INTERNAZIONALI E UNIONE EUROPEA

Inizio riunione: ore 18:12

Termine riunione: ore 20:40

Numero di membri assenti: 6; Maria Hochgruber Kuenzer, Christoph Perathoner, Ewald Rottensteiner, Heinold Rottensteiner, Alexandra Silvestri, Maurizio Vezzali.

Resoconto integrale: scaricabile dal sito www.convenzione.bz.it
(numero delle parole: 13.159; pagine: 34)

Parole chiave: norme di attuazione, Consiglio provinciale, Statuto, commissioni paritetiche, autonomia integrale, sindacati, lavoro, diritto dell'Unione, preambolo, rapporti fra Bolzano e Roma.

Interventi: 87

Persone che hanno chiesto la parola: 18

Osservazioni preliminari di carattere generale

Si segnala che le sintesi delle riunioni della Convenzione dei 33 non costituiscono resoconti degli esiti degli incontri bensì mere sinossi dei contenuti. Esse raccolgono le diverse posizioni e proposte emerse nel corso delle sedute senza spingersi a valutare quanto affermato e senza cercare un'unità di fondo a carattere rappresentativo. Esse prescindono altresì da ogni giudizio di ordine politico, forniscono un'analisi scientifica e non citano i nominativi dei componenti la Convenzione. Un'eccezione viene fatta per i suggeritori di idee o gli esperti intervenuti nel corso delle riunioni. La sinossi è redatta in lingua tedesca dell'EURAC e trasmessa per l'approvazione all'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33. Dopo il riepilogo degli aspetti salienti e degli interventi principali si rimanda, ove disponibili, ad eventuali documenti affrontati nel corso delle riunioni ovvero trasmessi alla Convenzione dei 33 e di rilievo per l'operato della stessa (allegati in lingua originale). Le elencazioni vengono effettuate di norma in ordine alfabetico. Nella stesura della sinossi si avrà cura di utilizzare espressioni neutre rispetto al genere ricordando in ogni caso che tutte le espressioni non neutre restano pienamente applicabili sia ai soggetti maschili che femminili. I resoconti integrali e le registrazioni delle riunioni sono disponibili sul sito www.convenzione.bz.it alla voce documenti/video.

1. Documento sindacati AGB/CGIL, SGB/CISL, UIL/SGK

In apertura della riunione si discute il documento (vedi allegato) presentato dai tre sindacati AGB/CGIL, SGB/CISL, SGK/UIL. I pareri espressi su aspetti quali la sicurezza sul lavoro, la previdenza sociale, il welfare, i contratti collettivi e il sistema scolastico sarebbero espressione di un atteggiamento centralista ispirato al concetto di stato nazionale e farebbero emergere con chiarezza le ragioni per cui ASGB non abbia sottoscritto siffatto documento. D'altro canto si critica il mancato rispetto mostrato da taluni partecipanti alla Convenzione nel trattare il documento, considerato che i sindacati sottoscrittori riuniscono e rappresentano comunque oltre 90.000 altoatesine/i.

2. Commissioni paritetiche

Pur concependo le commissioni paritetiche come un importante strumento di attuazione dello Statuto di Autonomia si propone di modificarne leggermente le modalità di lavoro. Lo schema operativo attualmente in uso mancherebbe infatti di trasparenza e non fornirebbe al Consiglio Provinciale informazioni aggiornate sullo stato dei lavori. Conclusa l'elaborazione di una norma di attuazione, dovrebbe pertanto avere luogo un confronto con il Consiglio Provinciale; in alternativa quest'ultimo potrebbe redigere un parere tecnico o essere per lo meno coinvolto nel processo a livello di portavoce dei gruppi. Voci contrarie affermano che le commissioni paritetiche lavorerebbero invece con notevole efficienza rendendo pertanto superflua un'eventuale modifica all'attuale metodo di lavoro. Le norme di attuazione sarebbero espressione del principio della trattativa bilaterale, e pertanto espressione dell'esecutivo. Il potere legislativo non andrebbe pertanto interpellato, soprattutto alla luce del fattore tempo. Ciò richiederebbe infatti in seguito anche la consultazione del Parlamento nazionale a Roma. L'esecutivo è chiamato ad affrontare con rapidità la richiesta e andando a modificare l'iter delle norme di attuazione si sottrarrebbe efficienza a questo strumento. Con l'elezione dei propri membri, le commissioni paritetiche diventano organi esecutivi. Si potrebbe pensare di coinvolgere diversamente il Consiglio Provinciale, riconoscendogli ad esempio un diritto di parola o la possibilità di revoca dei membri. L'efficienza dell'operato delle commissioni sarebbe necessariamente in contrasto con il principio democratico e con gli istituti della democrazia diretta; ciò andrebbe invece preferito ai fini dello sviluppo dell'autonomia.

Bisognerebbe dunque decidere cosa fare con la Commissione 137 definendo il futuro ruolo della Regione, oltre che chiarire infine anche il rapporto con la Commissione dei Sei e dei Dodici.

3. Controversie in materia di competenze

Una proposta riguarda l'istituzione di una corte costituzionale provinciale, sul modello di quella operante nei Länder federali della Germania, costituita secondo criteri paritetici (Roma-Bolzano) e chiamata a deliberare sull'osservanza, la violazione e il travalicamento delle competenze. Si suggerisce altresì di dare vita a un meccanismo di composizione delle liti fra Provincia Autonoma di Bolzano e Stato al fine di prevenire "costose" cause davanti alla Corte Costituzionale ovvero risolvere previamente con l'intervento di un organo arbitrale eventuali incertezze emerse nei rapporti Roma-Bolzano, ad esempio con il ricorso alle Commissioni dei Sei e dei Dodici.

4. Relazioni internazionali e Unione Europea

Non prevedendo lo Statuto alcuna norma in materia di rapporti internazionali, transfrontalieri, transnazionali e interregionali con la UE, si propone al Consiglio Provinciale dell'Alto Adige di aggiungere una sezione su questo argomento. Esther Happacher, Renate von Guggenberg e Roberto Toniatti hanno già preparato un documento su questo aspetto (vedi allegato). In relazione ai contenuti del documento regna il consenso fra i membri della Convenzione dei 33. In concreto, il documento in questione indica in dettaglio la possibile integrazione dello Statuto di Autonomia rispetto ai seguenti punti: partecipazione della Provincia Autonoma

di Bolzano alla nascita (fase ascendente) e attuazione/applicazione oltre che esecuzione della normativa UE e del diritto internazionale (fase discendente); attività di cooperazione transfrontaliera, transnazionale e internazionale (es. GECT); convenzione e accordi con enti territoriali di altri Stati. Il documento verrà ora rivisto alla luce dei contributi emersi nel corso del dibattito andando a confluire nel documento finale. Nel corso della discussione si è aggiunto, fra l'altro, che anche il preambolo dovrebbe contenere un rimando al contesto europeo e internazionale e, in particolare, si è auspicato di poter mettere in rilievo l'ancoraggio internazionale dell'autonomia altoatesina. Il preambolo, inoltre, dovrebbe richiamare i valori del processo di integrazione europea e l'unità intellettuale-culturale del Tirolo.

Allegati

- **Documento delle 3 Confederazioni sindacali su temi del Mercato del Lavoro - 16.2.2017**
- **Relazioni internazionali e Unione Europea - 23.1.2017**